

Faschisten machen mobil

Polnischer Nationalistenguru fordert Verbot von Initiative gegen Fremdenfeindlichkeit

Eine der größten und aktivsten antirassistischen Organisationen in Polen ist das »Zentrum zur Überwachung rassistischer und fremdenfeindlicher Verhaltensweisen« – für die Zwecke dieses Texts abgekürzt als ZÜV. Die 2012 in der ostpolnischen Nationalistenhochburg Bialystok gegründete und überwiegend von Kulturschaffenden

getragene Gruppe beschäftigt sich damit, das Internet und insbesondere die sozialen Netzwerke nach rassistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Äußerungen abzusuchen. Ist sie fündig geworden, versucht sie die ermittelten Urheber an den Pranger zu stellen. Ihre Aktivisten schreiben Meldungen an ihre Arbeitgeber oder Dienstherren, verlangen die Löschung von Facebook-Konten und/oder stellen Strafanzeige.

Nun versuchen polnische Faschisten, die Organisation ihrerseits mit juristischen Mitteln zu besiegen. Der Nationalistenguru Jacek Miedlar hat jetzt beim Justizministerium das Verbot der Gruppe verlangt. Denn sie beschimpfe polnische Patrioten und Katholiken systematisch als Fremdenfeinde und Faschisten, was diese selbstverständlich nicht seien. Miedlar forderte die Regierung auf, die Antirassisten des Landes zu verweisen. Das Ministerium bestätigte den Eingang des Antrags und leitete ihn zur weiteren Prüfung an die Warschauer Staatsanwaltschaft weiter.

Jacek Miedlar, Jahrgang 1989, war bis zum Herbst 2016 katholischer Priester. Er galt als Lieblingsseelsorger der rech-

ten Szene, zelebrierte die Messen zu den Aufmärschen des »Nationalradikalen Lagers« (ONR), einer der polnischen Faschistengruppen. Als ihm nach einer Hasspredigt gegen Flüchtlinge (»Krebstgeschwür«) in Bialystok im Frühjahr 2016 sein Bischof weitere öffentliche Auftritte verbot, ließ sich Miedlar den Mund nicht verbieten und eröffnete eine weitere Front seiner Agitation: Nun zog er außer gegen »Talmudisten«, Liberale und »Zecken« auch noch gegen die »Schwulenlobby in der katholischen Kirche« vom Leder, offenbar veranlasst durch seinen Karriereknick. Im September trat er aus dem geistlichen Stand aus: Die Kirche müsse »den Christen zurückgeben« werden.

Seitdem hat er seine öffentlichen Äußerungen eher noch radikalisiert, so bei einem Aufmarsch aus Anlass des polnischen Unabhängigkeitstages im November in Wrocław. Da fragte er von der Tribüne der ONR-Veranstaltung auf dem historischen Marktplatz, was für ein Pole wohl der dortige Oberbürgermeister Rafal Dutkiewicz sei, der »an einem jüdischen Gedenkmarsch von Synagoge zu Synagoge« (aus Anlass des

Jahrestags der Reichspogromnacht wenige Tage vorher) teilgenommen habe. Und er wettete gegen das »Juden- und Kommunistenpack«, das sich nach wie vor auf Polens Straßen breitmache.

Wie die Warschauer Staatsanwaltschaft über den Verbotsantrag entscheidet, muss sich zeigen. Die bisher in der polnischen Justiz zutage getretenen Haltungen gegenüber den Auftritten heimischer Faschisten geben Anlass zu einiger Skepsis. So hatte die Staatsanwaltschaft Bialystok 2016 die Ermittlungen wegen Miedlars Hasspredigt wegen »fehlender Strafbarkeit« eingestellt. Und politische Statements aus der PiS-Spitze zu rechten Auftritten zeugen immer wieder davon, dass man dort rechtes Gedankengut teilt. So erklärte Innenminister Mariusz Blaszczak nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im masurischen Elk zu Jahresbeginn, dort sei »eine berechtigte Angst der polnischen Bevölkerung« vor »nicht integrationswilligen Migranten« zum Ausdruck gekommen. In Elk hatte ein nordafrikanischer Mitarbeiter einer Dönerbude nach einem Getränkediebstahl einen polnischen Kleinkriminellen niedergestochen. **Reinhard Lauterbach**

